

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5821

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5821



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Die Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung (FGM) in Gambia

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 6. März 2025

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
IBAN : CH92 0900 0000 3000 1085 7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT
© 2025 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Weibliche Genitalverstümmelung (FGM) in Gambia	4
3	Gründe für FGM und gesundheitliche Risiken.....	5
4	Gesetzliche Rahmenbedingungen und Umsetzung des Verbots	6
5	Der oberste Islamische Rat und der Ruf nach Aufhebung des Verbots	8
6	Quellen	9

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expert*innen und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expert*innen beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Wie wird das Verbot der weiblichen Genitalverstümmelung (FGM) in Gambia umgesetzt?
2. Gibt es Schutz vor FGM, wenn die Familie diese ablehnt?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Gambia seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expert*innen und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Weibliche Genitalverstümmelung (FGM) in Gambia

Weibliche Genitalverstümmelung in Gambia sehr verbreitet. Gemäss übereinstimmenden Quellen wie *Amnesty International* (AI), dem *UNO-Kinderrechtskomitee* (CRC), der *Female Genital Mutilation/Cutting Research Initiative* (FGM/C Research Initiative) und der *Nachrichtenagentur der Vereinten Nationen* (UN News) ist weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, FGM) in Gambia weit verbreitet (AI, Juli 2024; CRC, Januar 2025; FGM/C Research Initiative, abgerufen am 3. März 2025; UN News, März 2023). AI verweist auf UNICEF wonach 76 Prozent der Mädchen und Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren von FGM betroffen sind. Drei von vier Mädchen würden schon vor dem Erreichen des sechsten Lebensjahres beschnitten (AI, Juli 2024). Auch die *FGM/C Research Initiative* spricht von 75,6 Prozent betroffenen Mädchen und Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren. Nach Angaben der *FGM/C Research Initiative* wurden 54,8 Prozent der Mädchen vor dem fünften Lebensjahr beschnitten und weitere 28,1 Prozent im Alter zwischen fünf und neun Jahren (FGM/C Research Initiative, abgerufen am 3. März 2025). CRC schreibt, dass die Hälfte der Mädchen von FGM betroffen sind und 27,3 Prozent der Mädchen im Alter zwischen null und vier Lebensjahren beschnitten werden (CRC, Januar 2025).

Regionale Unterschiede bei der Häufigkeit von FGM je nach Region, Ethnie und Religion. FGM wird sowohl von Christ*innen als auch Muslim*innen praktiziert, wie *FGM/C Research Initiative* unter Verweis auf eine Studie des *gambischen Statistikbüros* aus dem Jahr 2014 schreibt. 20,9 Prozent der christlichen Gambier*innen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren und 77,3 Prozent der muslimischen Gambier*innen in der gleichen Altersspanne seien davon betroffen (FGM/C Research Initiative, abgerufen am 3. März 2025). *Patrick Idoko et al.* eine Gruppe gambischer Mediziner*innen, schreiben in einer Beobachtungsstudie, dass auch säkulare Gemeinschaften und ethnische Gruppen FGM praktizieren (Patrick Idoko et al., Dezember 2022). *FGM/C Research Initiative* berichtet unter Verweis auf eine Studie des *gambischen Statistikbüros* aus den Jahren 2019, 2014 und 2011, dass FGM in allen acht lokalen Regierungsdistrikten praktiziert wird. Am meisten betroffen von FGM sind Mädchen und Frauen in dem Distrikt Basse mit einer Prävalenz von 95 Prozent. Der Distrikt Basse ist die östlichste und ländlichste Region, vorwiegend bewohnt von Angehörigen der ethnischen

1 www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte.

Gruppen der Sarahule, Mandika und Fula. Der Distrikt mit der tiefsten Prävalenz (48,8 Prozent Betroffene) ist der Distrikt Banjul, welcher sich an der Küste befindet und die am stärksten urbanisierte Region ist. In diesem Distrikt wie auch im benachbarten Kanifing Distrikt leben überwiegend Wolof, eine Ethnie bei der die Prävalenz von FGM im Vergleich mit den anderen ethnischen Gruppen Gambias historisch gesehen die tiefste ist, aber auch die Ethnie der Madinka ist in beiden Regionen stark vertreten. Im Stadt-Land Vergleich beträgt die Prävalenz in der Stadt 77,3 Prozent und auf dem Land 71,7 Prozent (FGM/C Research Initiative, abgerufen am 3. März 2025). Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Deutschland* (BAMF) verweist auf eine gambische NGO, wonach es Hinweise gibt, dass einige Familien ihre Kinder während der Schulferien aus der Hauptstadtregion Banjul in ländliche Gebiete bringen, um sie dort FGM zu unterziehen (BAMF, September 2023). Historisch betrachtet haben sich die Zahlen gemäss *FGM/C Research Initiative* kaum verändert: 2010 waren 76,3 Prozent der Mädchen und Frauen im Alter zwischen 15 bis 49 Jahren betroffen, 2018 waren es 75,7 Prozent der gleichen Altersgruppe. Aufgrund der grossen Altersspanne können eventuelle Veränderungen über die Zeit hinweg nicht vollständig dargestellt werden. Deshalb sollten laut *FGM/C Research Initiative* die Veränderungen innerhalb kleinerer Altersgruppen betrachtet werden. Im Falle Gambias sei die Häufigkeit jedoch in allen Alterskohorten breit gefasst die gleiche, was bedeute, dass das Ausmass der Praxis sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert habe (FGM/C Research Initiative, abgerufen am 3. März 2025).

Breite Akzeptanz bei (beschnittenen) Frauen, die Praxis beizubehalten. 44 Prozent der Mädchen und Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren, welche schon von FGM gehört haben, finden, dass die Praxis weitergeführt werden solle, wie *FGM/C Research Initiative* schreibt. Im Gegensatz dazu geben nur 6,6 Prozent Frauen, welche nicht von FGM betroffen sind an, dass die Praxis fortgeführt werden solle, wie *FGM/C Research Initiative* unter Verweis einer *Studie des gambischen Statistikbüros* aus dem Jahr 2019 schreibt (FGM/C Research Initiative, abgerufen am 3. März 2025).

3 Gründe für FGM und gesundheitliche Risiken

Gründe für FGM und die daraus resultierenden gesundheitlichen Risiken. *Patrick Idoko et al.*, eine Gruppe gambischer Mediziner*innen veröffentlichten in einem afrikanischen gesundheitswissenschaftlichen Journal eine Beobachtungsstudie über die geburtshilflichen Folgen weiblicher Genitalverstümmelung in Gambia. Die Gründe für die Praxis der FGM/C [Female Genital Mutilation/Cutting] basieren gemäss der Gruppe gambischer Mediziner*innen auf rein kulturellen und religiösen Überzeugungen und haben keinerlei wissenschaftliche Basis. Demnach beruhe die Praxis auf folgenden Gründen: Verhinderung von Promiskuität (Praxis der sexuellen Kontakte mit relativ häufig wechselnden verschiedenen Partnern oder parallel mit mehreren Partnern) bei Frauen, Steigerung der sexuellen Leistungsfähigkeit und des Lustempfindens bei Männern, Aufrechterhaltung der Sauberkeit im Genitalbereich, ästhetische Gründe, Steigerung der Fruchtbarkeit und Verbesserung der Eheaussichten einer Frau. Die Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung sei jedoch mit schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen verbunden und werde häufig von traditionellen Heilkundigen durchgeführt, die keine formale medizinische Ausbildung hätten, wodurch sich die damit verbundenen Risiken erhöhen würden (Patrick Idoko et al. Dezember 2022).

FGM-Praktizierende sind oft Frauen. Die *Chefin der UN-Agentur für reproduktive und sexuelle Gesundheit in Gambia* gibt *UN News* gegenüber an, dass Frauen diejenigen sind, die

FGM praktizieren. Meistens seien die Grossmütter die Hüterinnen der Tradition in der Familie. Es gebe sogar Gambier*innen, die im Ausland leben und ihre Kinder zurückbringen würden, um sie FGM zu unterziehen. Männer würden normalerweise die Meinung vertreten, dass FGM «Frauensache» sei (UN News, März 2023).

Immense unmittelbare und langfristige gesundheitliche Risiken für Frauen und Kinder. FGM führt laut der *Chefin der UN-Agentur für reproduktive und sexuelle Gesundheit* zu gesundheitlichen Folgen im späteren Leben der Frau: Bei einer Geburt könne es zu Komplikationen kommen und die Wahrscheinlichkeit einer Totgeburt sei höher. Wenn das Baby überlebe, könne es zu einer Geburtsfistel kommen, d.h. zu Löchern, die sich zwischen der Vagina und der Blase bilden und dazu führen, dass Frauen unter Inkontinenz leiden und beim Sitzen urinieren. Dies könne dazu führen, dass Frauen aus ihren Gemeinschaften ausgeschlossen werden und ihre Ehemänner sie verlassen (UN News, März 2023). Gemäss *Patrick Idoko et al.* gehören Blutungen, die zu einem Schock führen, die Übertragung von Infektionen und Verletzungen benachbarter Organe wie der Harnröhre und des Rektums zu den unmittelbaren Komplikationen von FGM. Weitere langfristige Folgen von FGM/C sind laut *Patrick Idoko et al.* schmerzhafter Geschlechtsverkehr aufgrund somatischer oder psychologischer Gründe (Dyspareunia), die Unfähigkeit einen Orgasmus zu erleben (Anorgasmie), paraklitorale Zysten und chronische Schmerzen. Zu den geburtshilflichen Risiken würden verlängerte Wehen, erhöhte Kaiserschnittraten, erhöhte Dammschnittraten, Dammsrisse und postpartale Blutungen gehören. Von FGM betroffene Frauen würden auch häufiger unter perinatalen Komplikationen leiden, einschliesslich der Notwendigkeit einer Wiederbelebung des Neugeborenen, Totgeburten und frühem Tod des Neugeborenen. Laut *Patrick Idoko et al.* haben aufgrund dieser negativen gesundheitlichen Folgen von FGM/C viele Regierungen auf der ganzen Welt diese Praxis verboten. In vielen afrikanischen Ländern werde FGM/C jedoch weiterhin in hohem Masse praktiziert (Patrick Idoko et al., Dezember 2022).

4 Gesetzliche Rahmenbedingungen und Umsetzung des Verbots

Einführung des Verbots von FGM im Jahre 2015. AI, CRC, *FGM/C Research Initiative* und *UN News* berichten übereinstimmend, dass FGM in Gambia im Jahre 2015 verboten wurde (AI, Juli 2024; CRC, Januar 2025; FGM/C Research Initiative, abgerufen am 3. März 2025; UN News, März 2023). Im Women's (Amendment) Act von 2015 wurde das Thema schädlicher Praktiken in Gambia erstmals erfasst, indem Abschnitt 32A (Verbot der weiblichen Genitalbeschneidung) und Abschnitt 32B (Beihilfe zur weiblichen Genitalbeschneidung) eingeführt wurden, wie *FGM/C Research Initiative* schreibt (FGM/C Research Initiative, abgerufen am 3. März 2025). Die Durchführung, Beihilfe und Anstiftung zur Praxis der FGM wird dadurch unter Strafe gestellt und entsprechende Strafen sind dafür vorgesehen, wie AI angibt. Dies sei ein bedeutender Meilenstein in den Bemühungen des Landes, die Rechte von Mädchen und Frauen zu schützen. Gambia hat zudem verschiedene internationale Konventionen ratifiziert, welche die Rechte von Mädchen und Frauen aufrechterhalten und schützen, darunter die Internationale Frauenrechtskonvention CEDAW (AI, Juli 2024). Laut dem *Büro des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte* (OHCHR) lehnt Gambia jedoch die Einreichung individueller Beschwerden im Rahmen der Frauenrechtskonvention ab (OHCHR, abgerufen am 3. März 2025). In der afrikanischen Charta über die Rechte und das Wohlergehen des Kindes heisst es zudem ausdrücklich, dass Regierungen alle geeigneten Massnahmen ergreifen

müssen, um schädliche soziale und kulturelle Praktiken, einschliesslich FGM, zu beseitigen, wie AI berichtet (AI, Juli 2024).

Strafen bei Durchführung, Beihilfe und Anstiftung zur Praxis der FGM. Artikel 32A des Women's (Amendment) Act von 2015 sieht das Verbot und die Strafe für die Durchführung FGM in Gambias vor. Jede*r welche*r als schuldig befunden wird, bei der Durchführung von FGM involviert zu sein, könne mit einer Gefängnisstrafe von drei Jahren oder einer Geldstrafe von 50'000 Dalasi (entspricht umgerechnet 628 CHF, Stand 3. März 2025), oder mit Geld- und Gefängnisstrafe bestraft werden, je nach Ermessen des zuständigen Gerichts (Art. 32A(1)). Falls die Durchführung der FGM zum Tode führt, sieht Art. 32A(2) eine lebenslange Gefängnisstrafe vor. Art. 32B(1) definiert die Beihilfe: Wer sich der Beihilfe schuldig macht, indem er*sie FGM verlangt, dazu anstiftet, oder dafür wirbt–beispielsweise indem Instrumente zur Verfügung gestellt werden oder auf anderem Wege–kann mit der gleichen Strafe wie die ausführende Person sanktioniert werden. Falls eine Person von einer anstehenden oder vergangenen FGM-Prozedur weiss und es ohne triftigen Grund versäumt, die zuständigen Behörden unverzüglich zu warnen oder zu informieren, kann sie mit einer Geldstrafe von 10'000 Dalasi (entspricht umgerechnet 126 CHF, Stand 3. März 2025) belegt werden, wie es Art. 32B(2) vorsieht (Women's Amendment Act, 2015).

Zwangsweise Beschneidungen ohne Einverständnis der Mütter. AI Jazeera berichtete im März 2024 auch von Fällen, in denen die Praxis auch im Verborgenen fortgesetzt wurde. So wurde beispielsweise ein vierjähriges Mädchen ohne das Einverständnis ihrer alleinerziehenden Mutter Opfer von FGM. Als die Mutter die Tochter bei der Familie des Kindesvaters zurückliess, veranlasste die Grossmutter väterlicherseits die Beschneidung. Von der Beschneidung erfuhr die Mutter erst, als ihre Tochter eine Infektion hatte. Die Mutter gab AI Jazeera gegenüber an, dass sie zu mehreren Polizeistationen ging, um den Vorfall zu melden., Die dort beschäftigten Beamt*innen hätten ihren Fall jedoch nicht ernst genommen (AI Jazeera, März 2024).

Seit Einführung des Verbots erging nur ein Urteil. Seit dem Zeitpunkt der Einführung des Verbots 2015 wurden gemäss AI und UN News erst zwei Fälle strafrechtlich verfolgt (AI, Juli 2024; UN News, März 2023). Das BAMF verweist auf die gambische NGO *Gambia Committee against Traditional Practices* (GAMCOTRAP), welche mehrere unmittelbar drohende und teils bereits durchgeführte FGM an insgesamt acht Kindern zwischen vier und zwölf Lebensmonaten im Dorf Bakadagi-Mandika im Distrikt Niani der östlichen Central River Region (CRR) aufdeckte (BAMF, Februar 2023). Laut BAMF wurden schliesslich drei Frauen der FGM an den acht Mädchen von einem Magistratsgericht schuldig gesprochen. Die ausgesprochenen Geldstrafen in Höhe von 15'000 Dalasi (entspricht umgerechnet 184 CHF, Stand 3. März) oder die einjährige Haft als Ersatz liegen gemäss BAMF jedoch unter der gesetzlichen Mindeststrafe. Bei den verurteilten Frauen handle es sich um die traditionelle Beschneiderin und um die Mütter der genitalverstümmelten Mädchen. Zur Ethnie der Mädchen und Mütter liegen gemäss BAMF keine Informationen vor (BAMF, September 2023).

Freiwillige Versprechen keine Beschneidungen mehr durchzuführen teilweise gebrochen. Die traditionelle Beschneiderin [des obengenannten Falles] führte die FGM in Verletzung eines 2013 geleisteten Eids durch, wie BAMF berichtet. Dies, obwohl ihr im Austausch für die Aufgabe ihrer Tätigkeit als Beschneiderin eine Bäckerei als alternative Existenzgrundlage und Einkommensquelle zur Verfügung gestellt worden sei. Vor Bekanntwerden dieser Fälle kündigten nach Angaben des BAMF mehrere Dutzend Gemeinden in CRR, u.a. im

Distrikt Niani, einschliesslich dort ansässiger traditioneller Beschneiderinnen an, die Beschneidungspraxis freiwillig aufzugeben. Während in der Vergangenheit strafrechtliche Ermittlungs- und Strafverfahren wegen Genitalverstümmelungen öffentlich bekanntgeworden sind, liegen nach einer weitgehend einhelligen Auskunftslage laut BAMF bisher keine Genitalverstümmelungen vor (BAMF, Februar 2023).

5 Der oberste Islamische Rat und der Ruf nach Aufhebung des Verbots

Verteidigung der FGM-Praxis und Bezahlung der Geldstrafen durch Religionsführende.

Das oben erwähnte im Herbst 2023 ergangene Urteil wurde laut BAMF von Abdullah Fatty, vormaliger Imam der Moschee des State Houses und einem weiterhin angeblich besonders einflussreichen muslimischen Gelehrten im grösstenteils muslimisch geprägten Gambia kritisiert. Die [Anti-]FGM-Kampagnen wurden von islamischen Religionsführenden als Angriff auf den Islam gewertet. Fatty und andere religiöse Akteur*innen verteidigten die FGM-Praxis wie schon früher unter Berufung auf religiöse Gründe (BAMF, September 2023). Die Geldstrafen der drei Verurteilten wurden durch islamische Religionsführende übernommen, wie BAMF 2023 schreibt (BAMF, Oktober 2023).

Forderung das Verbot der FGM zu überdenken, da dies ein Eingriff in den kulturellen Brauch darstellt. Der Oberste Islamische Rat (GSIC) forderte in einer Fatwa, einem islamischen Rechtsgutachten, das (straf)gesetzliche Verbot der FGM zu überdenken, wie BAMF berichtet. GSIC stellte klar, dass dieser Eingriff nicht nur ein alter kultureller Brauch, sondern die «Sunna»-Beschneidung auch islamisch legitim und in den normativen Quellen des Islams nachgewiesen und Teil der Fitra² sei. Gemäss GSIC nehme jedoch lediglich das Entfernen «eines nur kleinen, oberen Teiles der Klitoris» islamische Legitimität in Anspruch. Organisationen und Personen, die FGM kritisieren und Strafverfolgung gegen FGM-Praktizierende fordern, werden vom GSIC «auf das Schärfste verurteilt» (BAMF, Oktober 2023).

Kontroverse zwischen Befürwortenden und Ablehnenden der FGM. Die Bezahlung der verhängten Geldstrafen durch islamische Religionsführende löste eine grosse Kontroverse in der Öffentlichkeit aus, vor allem zwischen Befürwortenden und Ablehnenden von FGM, wie BAMF schreibt (BAMF, Oktober 2023). Die ehemalige Vize-Präsidentin Gambias, Isatou Touray, forderte die Festnahme Fattys wegen dessen öffentlichen Äusserungen, wie BAMF schreibt. BAMF verweist auf Touray und die Vorsitzende der *Safe Hands for Girls Foundation* und FGM-Aktivistin Jaha Dukureh, wonach Fattys Rede Aufrufe zur Gewalt an [Anti-]FGM-Aktivist*innen enthält. Das nationale Jugendparlament Gambias (NYP) fordert die Regierung dazu auf, die Bemühungen zur Durchsetzung des FGM-Verbots fortzusetzen, wie BAMF berichtet (BAMF, September 2023).

² «Fitrah ist ein göttlicher «Chip», der von Gott in den Menschen eingepflanzt wird, damit sie bereit sind, an den Monotheismus zu glauben, sich zu reinigen und Gott anzubeten. Menschen, die ihre Fitrah ausführen, haben drei Eigenschaften: Sie akzeptieren und praktizieren den Islam, sind aufrichtig und haben einen starken Glauben.» Quelle: Ruslan Ruslan et al., The Meaning of the Term Fitrah in the Quran: A Concept of Islamic Education, Al-Musannif, Vol. 6, No. 1, Juni 2024: p. 27–46: <https://jurnal.mtsddicilellang.sch.id/index.php/al-musannif/article/download/118/71/#:~:text=Fitrah%20is%20a%20divine%20chip.and%20having%20a%20strong%20faith>.

Neuer Gesetzesentwurf zur Aufhebung des Verbots scheitert im Juli 2024. Laut *Al Jazeera* stimmten am 18. März 2024 42 zu 4 Politiker*innen für einen umstrittenen neuen Gesetzesentwurf, der das FGM-Verbot aufheben würde, wenn er nach weiteren Konsultationen und Expert*innenmeinungen von spezialisierten Regierungsministerien verabschiedet wird (*Al Jazeera*, März 2024). Die Abgeordneten stimmten im Juli desselben Jahres erneut über jede Klausel des Gesetzesentwurfes ab, wobei die Mehrheit gegen jede Klausel stimmte, wie *Al Jazeera* in einem Artikel vom Juli 2024 berichtet. Dies veranlasste den Präsidenten der Nationalversammlung, Fabakary Tombong Jatta, das Gesetz nicht zur abschliessenden Lesung weiterzuleiten, welche ursprünglich für den 24. Juli 2024 angesetzt war (*Al Jazeera*, 15. Juli 2024).

6 Quellen

AI, Juli 2024:

«Reacting to the rejection of a bill to repeal the 2015 Women’s (Amendment) Act which bans female genital mutilation (FGM), by Gambia’s parliament on 15 July, Samira Daoud, Amnesty International Regional Director for West and Central Africa, said:

“We welcome with great relief the rejection of the bill aimed at reversing the ban on FGM in Gambia. In 2015, the adoption of the Women’s (Amendment) Act, which criminalizes and sets out punishments for performing, aiding and abetting the practice of FGM, represented a significant milestone in the country’s efforts to safeguard girls’ and women’s rights. It was essential that this progress was protected.

“However, since being outlawed in 2015, only two cases have been prosecuted and the first conviction for performing FGM was only made in August last year. Moreover, this attempt to repeal the law is a warning sign demonstrating that steps must be taken to make the population more aware of women’s rights and the need to eradicate such harmful practices. Due diligence requires effective prevention, protection and reparation, not just criminalization.

“In addition to banning FGM, the Gambian authorities must do more to enforce the law. We also urge the adoption of a holistic approach that addresses the root causes of the issue to change attitudes and norms in order to empower women and girls.”

Background

Around 76% of girls and women between 15 and 49 years of age have undergone FGM in Gambia, according to [UNICEF](#), and 3 out of 4 girls experience it before age 6.

Gambia is a signatory to international conventions that uphold and protect the rights of women and girls, including the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women and the Convention on the Rights of the Child. The African Charter on the Rights and Welfare of the Child specifically states that Governments must take all appropriate measures to eliminate harmful social and cultural practices, including FGM.» Quelle: Amnesty International, Gambia: Continued ban on FGM is good news but authorities must urgently address its root causes - Amnesty International, 15. Juli 2024:

<https://www.ecoi.net/de/dokument/2112527.html>.

Al Jazeera, 15. Juli 2024:

«Gambian lawmakers have voted to uphold a 2015 ban on female genital mutilation (FGM), rejecting a controversial bill seeking to overturn the law, after months of heated debate and international pressure.

The Women's (Amendment) Bill 2024, which had sought to decriminalise the practice of female circumcision, had passed a second reading in March with only five out of 53 lawmakers voting against it, raising concerns among rights groups that The Gambia would become the first country to reverse a ban on the practice.

The bill has deeply dividing public opinion in the Muslim-majority West African country.

The text of the bill, introduced by MP Almameh Gibba, declared that "female circumcision" is a deep-rooted cultural and religious practice, but anti-FGM campaigners and international rights groups said it is a harmful violation against women and girls.

The landmark 2015 ban on FGM made the practice punishable by up to three years in prison.

Lawmakers on Monday voted again on each of the bill's clauses before a third and final reading scheduled for July 24, with a majority voting against each clause.

That prompted National Assembly Speaker Fabakary Tombong Jatta to stop the bill moving forward to the final reading.

"The [National] Assembly cannot be engaged in such a futile exercise as to allow the bill to proceed to a third reading," Jatta said after the votes.» Quelle: Al Jazeera, Gambia's parliament upholds ban on female genital mutilation, 15. Juli 2024: <https://www.aljazeera.com/news/2024/7/15/gambias-parliament-upholds-ban-on-female-genital-mutilation>.

Al Jazeera, 28. März 2024:

«In 2015, the Gambian parliament took the historic step to pass the Women's (Amendment) Act of 2015, which criminalised FGM and made it punishable by up to three years in prison – a significant shift after years of advocacy.

But recently, on March 18, politicians voted 42 to 4 to advance a controversial new bill which would repeal the landmark FGM ban if it passes following further consultation and expert opinion from specialised government ministries.

Almameh Gibba, the legislator who introduced the bill, argued that the ban violated citizens' rights to practise their culture and religion. "The bill seeks to uphold religious loyalty and safeguard cultural norms and values," he said.

However, rights organisations say the proposed legislation reverses years of progress and risks damaging the country's human rights record.

"We are completely, and without reservation, opposed to the practice of any form of FGM," said Jama Jack, representative of Think Young Women (TYW), a leading female-led non-profit organisation.

[...]

Although the government supports the ban, it has said it will allow the private members' bill to follow the due parliamentary process as part of the government's adherence to democratic principles and the rule of law.

Nevertheless, despite efforts to halt the practice, FGM still affects 73 percent of women aged 15-49 in the country, underlining the continuing challenges.

Even after the 2015 law went into effect, the practice continues in secrecy, inflicting silent suffering on innocent victims like 34-year-old Sarjo* and her four-year-old daughter.

A single mother from Brikama, one of the largest cities in The Gambia, Sarjo made a solemn promise during childbirth to protect her daughter from such horrors, adamantly refusing to subject her to the practice.

Tragically, her trust was betrayed when her daughter fell victim to FGM without her consent. It happened last year, when Sarjo left her daughter with the child's father's family and her paternal grandmother arranged for her to be circumcised.

The anguish and betrayal Sarjo felt when she discovered what happened still haunts her.

"My little girl was told not to tell me or anyone [what happened], so she didn't. I found out when she had an infection," she recounted, her voice trembling.

Sarjo went to several police stations to report the matter but said they did not take her case seriously. Once again, she felt betrayed – this time by those entrusted with upholding justice.

When the vote to repeal the FGM ban took place, Sarjo was among the women protesting outside parliament. She also talks to other mothers, educating them about not subjecting their daughters to this harmful practice.

Yet, amid the defiance, there are vocal voices intent on keeping the practice alive.

Support despite the ban

Last August, three women were fined for carrying out FGM on eight infant girls – becoming the first people convicted under the anti-FGM law.

In a controversial move in September, renowned Gambian Islamic leader, Imam Abdoulie Fatty, made headlines by paying the fines of 15,000 dalasi each (\$220) for the three convicted women.

The women, including the circumciser Mba-Yasin Fatty, had operated in the FGM-prevalent village of Niani Bakadagi in the Central River Region of the country, despite the ban.

Imam Fatty's support for FGM – as displayed by his standing with the convicted women – caused outrage among women's rights advocates and anti-FGM campaigners.

In a widely shared video on social media, he also defiantly declared his intentions to continue advocating for FGM, challenging authorities to intervene.

Despite legislative efforts to criminalise the practice and impose penalties, Imam Fatty remains steadfast in his stance, viewing it as integral to Islamic tradition.

His actions have reignited debates surrounding FGM, highlighting the continuing struggle to eradicate the practice despite legal bans.

The future for Gambian women

After the vote on March 18, the bill seeking to reverse the FGM ban was sent to a parliamentary committee for further scrutiny.

In the committee stage, stakeholders will be engaged, public input collected, and expert opinions sought from ministries including the Ministry of Gender, Ministry of Health and Ministry of Justice. The legislation will then be amended and put to another vote – a process that could last weeks or months.

Meanwhile, the future hangs in the balance for Gambian women and girls. » Quelle: Al Jazeera, 'Over my dead body', say Gambian mothers amid efforts to lift FGM ban, 28. März 2024: <https://www.aljazeera.com/features/2024/3/28/mothers-fight-to-protect-daughters-as-the-gambia-considers-unbanning-fgm>.

BAMF, Oktober 2023:

«GSIC erlässt Fatwa gegen Genitalbeschneidungsverbot; Lage von Anti-FGM-Aktivistinnen und -Aktivisten

Der Oberste Islamische Rat (GSIC) forderte in einer Fatwa, einem islamischen Rechtsgutachten, das (straf)gesetzliche Verbot der weiblichen Genitalbeschneidung zu überdenken. GSIC stellte klar, dass dieser Eingriff nicht nur ein alter kultureller Brauch ist. Die „Sunna“-Beschneidung ist islamisch legitim, in den normativen Quellen des Islams nachgewiesen und Teil der Fitra. GSIC zufolge nimmt lediglich das Entfernen „eines nur kleinen, oberen Teiles der Klitoris“ islamische Legitimität in Anspruch. Der GSIC „verurteilte auf Schärfste“ jene Organisationen und Personen, die die weibliche Beschneidungspraxis kritisieren und Strafverfolgung gegen FGM-Praktizierende fordern. Die ersten strafrechtlichen Verurteilungen wegen Genitalverstümmelung und die Übernahme der verhängten Geldstrafen durch islamische Religionsführer löste einen intensiven Diskurs in der Öffentlichkeit aus, vor allem zwischen Befürwortenden und Ablehnenden von FGM (vgl. BN v. 11.09.23) – mehrere Parlamentsabgeordnete forderten zuletzt eine Entkriminalisierung (vgl. BN v. 18.09.23). Aufrufe gegen Anti-FGM Aktivistinnen und -Aktivisten sorgten zuletzt für Besorgnis. Laut Fatou Baldeh, Gründerin der gambischen NGO Women in Liberation and Leadership, wurden ihr Team und sie in den letzten Wochen bereits aus drei Gemeinden vertrieben. Ihnen sei angelastet worden, die eigenen Bräuche, Normen und ihre Religion infrage zu stellen.» Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Deutschland) (BAMF), Briefing Notes (KW43/2023), 23. Oktober 2023: https://www.bamf.de/Shared-Docs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/BriefingNotes/2023/briefingnotes-kw43-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

BAMF, September 2023:

«Referenzfälle: Erste Verurteilungen wegen FGM Medienberichten zufolge hat ein Magistratsgericht drei Frauen der Genitalverstümmelung (FGM) an acht Mädchen zwischen vier und bis zu zwölf Lebensmonaten schuldig gesprochen. Sie seien jeweils zu Geldstrafen i.H.v. 15.000 Dalasi (rd. 231 EUR, Stand: 08.09.23), ersatzweise zu einem Jahr Haft, verurteilt worden. Das Gericht blieb damit unter der gesetzlichen Mindeststrafe. Die Fälle stellen in Gambia die ersten Verurteilungen wegen FGM dar, die seit 2015 verboten und kriminalisiert ist. Bei den Verurteilten handele es sich um eine traditionelle Beschneiderin, die die FGM in Verletzung eines von ihr im Jahr 2013 geleisteten Eides vorgenommen hat (vgl. BN v. 06.02.23), und um die Mütter der genitalverstümmelten Mädchen. Sie seien im Januar 2023 im östlichen Teil der Central River Region festgenommen worden. Zur Ethnie der Mädchen und Mütter liegen keine Informationen vor. Ebenso wenig liegen Erkenntnisse vor zu den angewandten Formen der FGM gemäß der WHO-Klassifikation. Gambia Committee against Traditional Practices (GAMCOTRAP) begrüßte die Urteile. Die NGO wies in diesem Kontext darauf hin, dass es Hinweise gebe, dass einige Familien ihre Kinder während den derzeitigen Schulferien aus der Hauptstadtregion Banjul in ländliche Gebiete bringen, um sie dort einer FGM zu unterziehen. Abdullah Fatty, vormaliger Imam in der Moschee des State Houses unter Altpräsident Yahya Jammeh und ein angeblich weiterhin besonders einflussreicher muslimischer Gelehrter im größtenteils muslimischen Gambia, kritisierte die Urteile. Ferner bezeichnete er die FGM-Kampagnen im Land als einen Angriff auf den Islam. Fatty und andere religiöse Akteure hätten erneut die FGM-Praxis unter Berufung auf religiöse Gründe verteidigt (vgl. BN 06.02.23). Sie bezahlten zudem die Geldstrafe für die drei Verurteilten. Die ehemalige Vizepräsidenten Gambias, Isatou Touray, forderte die Festnahme Fattys wegen dessen öffentlichen Äußerungen. Laut Touray und auch der Vorsitzenden der Safe Hands for Girls Foundation und FGM-Aktivistin Jaha Dukureh, fänden sich in den Äußerungen Fattys Aufrufe zu Gewalt gegen FGM-Aktivistinnen und Aktivisten. Das Nationale Jugendparlament Gambias (NYP) zeigte sich besorgt angesichts

der Unterstützung religiöser Führer für die Beibehaltung der Beschneidungspraxis im Land und der Übernahme von verhängten Geldstrafen durch diese. NYP forderte die Regierung auf, ihre Anstrengungen zur Durchsetzung des FGM-Verbotes fortzusetzen.» Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Deutschland) (BAMF), Briefing Notes (KW37/2023), 11. September 2023: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/BriefingNotes/2023/briefingnotes-kw37-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=5.

BAMF, Februar 2023:

«Ostgambia: Ermittlungsverfahren wegen Genitalverstümmelungen Die NGO Gambia Committee against Traditional Practices (GAMCOTRAP) deckte laut Presserklärung mehrere unmittelbar drohende und teils bereits durchgeführte Genitalverstümmelungen an insgesamt acht Kindern zwischen vier und bis zu zwölf Lebensmonaten im Dorf Baka-dagi-Mandika im Distrikt Niani der östlichen Central River Region (CRR) auf. Zur Geschlechts- und Volkszugehörigkeit der Kinder wurden keine Angaben gemacht. GAMCOTRAP habe durch einen Hinweis eines örtlichen Gemeindemitgliedes von den Vorgängen auf einem Grundstück einer traditionellen Beschneiderin erfahren und die in Gambia strafrechtlich verbotenen Genitalverstümmelungen bei der Polizeibehörde in Kuntaur zur Anzeige gebracht. Die polizeilichen Ermittlungen sollen eng mit der staatlichen Kinderschutzeinheit sowie GAMCOTRAP koordiniert werden. Drei beschnittene Kinder seien zur medizinischen Versorgung und Straftatenaufklärung ins Krankenhaus gebracht worden. Die Tatverdächtige, gegen die das Verfahren als Beschuldigte betrieben wird, habe die Genitalverstümmelungen zudem in Verletzung eines von ihr im Jahr 2013 geleisteten Eides vorgenommen. Dies obwohl ihr im Austausch für die Aufgabe ihrer Tätigkeit als Beschneiderin eine Bäckerei als alternative Existenzgrundlage und Einkommensquelle zur Verfügung gestellt worden sei. Vor Bekanntwerden dieser Fälle kündigten mehrere Dutzend Gemeinden in CRR, u.a. im Distrikt Niani, einschließlich dort ansässiger traditioneller Beschneiderinnen, an, die Beschneidungspraxis freiwillig aufzugeben (vgl. BN v. 30.01.23). Während in der Vergangenheit strafrechtliche Ermittlungs- und Strafverfahren wegen Genitalverstümmelungen öffentlich bekanntgeworden sind, liegen nach einer weitgehend einhelligen Auskunftslage bisher keine Genitalverstümmelungen vor.» Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Deutschland) (BAMF), Briefing Notes, 6. Februar 2023: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/BriefingNotes/2023/briefingnotes-kw06-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=3.

CRC, Januar 2025:

«Harmful practices 25. The Committee notes as positive the bans on child marriage and female genital mutilation under the amended Children's Act 2005 and Women's Act 2015. However, the Committee is concerned about the deep entrenchment of these practices, with half of girls having undergone FGM, including 27.3 per cent of girls aged 0–4 years, and one in four young women being married in childhood. It also notes attempts to repeal the ban on FGM such as the Women's (Amendment) Bill 2024, which was rejected on 15 July 2024, and that no conviction on child marriage was recorded since the enactment of the ban in 2016. Recalling joint general recommendation/general comment No. 31 of CEDAW and No. 18 of the CRC and its previous recommendations,¹⁰ the Committee calls on the State party to redouble its efforts to prevent, address and eventually eradicate the practice of child marriage and FGM, including by ensuring the implementation of

the legal ban, including with regard to Muslim marriages, monitoring the progress achieved, providing support and recovery programmes for victims, establishing effective reporting and complaints mechanisms and strengthening awareness raising, particularly among traditional and religious leaders, on the harmful effects of these practices on girls.» Quelle: UN Committee on the Rights of the Child (CRC), Concluding observations on the combined fourth to seventh reports of the Gambia [CRC/C/GMB/CO/4-7], 31. Januar 2025: https://www.ecoi.net/en/file/local/2121976/CRC_C_GMB_CO_4-7_62286_E.pdf.

FGM/C Research Initiative, März 2025:

«Key Findings

The prevalence of FGM/C among women aged 15–49 in The Gambia is 75.7%. 44% of women aged 15–49 believe the practice should be continued.

Geography

Basse, the most rural region of the country, has the highest prevalence (95% of women aged 15–49); Banjul, the most urbanised area, has the lowest prevalence (48.8%)

Age

54.8% of women aged 15–49 were cut before the age of 5; 28.1% between the ages of 5 and 9

Type

‘Cut, flesh removed’ is the most common type of FGM/C practised

Agent

95.7% of FGM/C is carried out by ‘traditional circumcisers’

Distribution of FGM/C across The Gambia

FGM/C is practised across all eight Local Government Areas (LGAs) in The Gambia and by both Christians (20.9% of Christian women aged 15–49) and Muslims (77.3%).

The LGA with the highest prevalence is Basse, the eastern-most and most rural region, at 95% of women aged 15–49. The LGA with the lowest prevalence is Banjul, a coastal area and the most urbanised, at 48.8%. The Basse region is predominantly inhabited by the Sarahule, Mandinka and Fula ethnic groups, whereas the coastal areas of Banjul and Kanifing are predominantly inhabited by the Wolof (among whom the prevalence of FGM/C has historically been the lowest among The Gambia’s different ethnic groups) and the Mandinka. Overall, the prevalence of FGM/C among women aged 15–49 who live in urban areas is 77.3%, and among those living in rural areas is 71.7%.

According to the MICS 2018, the overall prevalence among women aged 15–49 is 75.7%. By comparison, the MICS 2010 found that prevalence among women of the same age-range was 76.3%, suggesting that the extent of the practice has remained broadly similar in recent years. Of women aged 15–49 who have heard of FGM/C, 44% feel that the practice should continue, although among women who have not undergone FGM/C, that figure drops to 6.6%.

Trends in FGM Prevalence in The Gambia

Due to the large age-range (15–49 years) of women included in the MICS surveys, changes in the overall FGM/C prevalence of a country over time may not fully illustrate the progress that has been made. Breaking down the most recent prevalence data by age group can give additional insights into whether the practice is in decline.

In the case of The Gambia, however, the FGM/C prevalence is broadly the same across all age cohorts, suggesting that the extent of the practice has not changed significantly in recent years.

FGM/C Legislation in Gambia

The Women's (Amendment) Act 2015 addressed the issue of harmful practices for the first time in The Gambia by introducing Section 32A (Prohibition of female circumcision) and Section 32B (Accomplices to female circumcision). Very few prosecutions have reportedly taken place since the ban was introduced and case details are limited.»

Quelle: FGM/C Research Initiative, Country Profile Gambia, März 2025:
<https://www.fgmcri.org/country/the-gambia/>.

Patrick Idoko et al., Dezember 2022:

«FGM/C spans cultural and ethnic groups and occurs among Muslim, Christian and secular communities. The WHO classifies FGM/C by type and severity of mutilation, Type I being the least mutilating and Type III, also known as infibulation, being the most severe. Reasons given for the practice of FGM/C are based on cultural and religious beliefs and have no basis in science. These include: prevention of promiscuity in the female, enhancement of male sexual performance and pleasure, maintenance of cleanliness of the genital area, aesthetic reasons, enhancement of fertility and improving a woman's marriage prospects³. However, the practice of FGM/C is fraught with adverse health consequences and is frequently performed by traditional practitioners who have had no formal medical training, thus increasing the associated risks ⁴.»

Quelle: Patrick Idoko et al., Obstetric outcome of female genital mutilation in the Gambia – an observational study, African Health Sciences, Vol 22 Issue 4, December, 2022:
https://www.fgmcri.org/media/uploads/Academic%20Papers/idoko_gambia_2022.pdf.

OHCHR, abgerufen am 3. März 2025:

Acceptance of individual complaints procedures for Gambia

Treaty	Acceptance of individual complaints procedures	Acceptance/non acceptance date
CAT, Art.22 - Individual complaints procedure under the Convention against Torture	-	
CCPR-OP1 - Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights	YES	09 Jun 1988
CED, Art.31 - Individual complaints procedure under the International Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearance	-	
CEDAW-OP - Optional Protocol to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women	NO	
CERD, Art.14 - Individual complaints procedure under the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination	N/A	
CESCR-OP - Optional protocol to the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights	NO	
CMW, Art.77 - Individual complaints procedure under the International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families	-	
CRC-OP-IC - Optional Protocol to the Convention on the Rights of the Child	NO	
CRPD-OP - Optional protocol to the Convention on the Rights of Persons with Disabilities	YES	07 Jun 2015

I  

Quelle: OHCHR, Übersicht des Ratifikationsstatus nach Land oder nach Konvention, abgerufen am 3. März 2025: https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/TreatyBodyExternal/Treaty.aspx?CountryID=64&Lang=EN.

UN News, März 2023:

«Women in The Gambia face high levels of female genital mutilation (FGM), period poverty (an inability to afford menstrual hygiene products), and domestic violence. In an interview with UN News, Ndeye Rose Sarr, the head of the UN reproductive and sexual health agency (UNFPA) in the country, underlines the challenges they face, and the efforts the UN is making to address the issues.

Ndeye Rose Sarr: When a girl starts to menstruate, that's when the problems usually start. From the age of 10, she begins to be looked at as a potential bride for an older man. And if she has not yet undergone FGM, there will be those in her community who will want to make sure that she does.

The rate of FGM in The Gambia is around 76 per cent in the 14 to 49 year age range, and about 51 per cent for girls up to the age of 14. That means that, on average, every other young girl you see in The Gambia has undergone this mutilation, which involves altering their genitals by cutting the clitoris or labia.

This leads to health consequences later in life. When they give birth, they may encounter complications, and the chances of a stillbirth are higher. If the baby survives, they may end up with obstetric fistula, holes that develop between the vagina and the bladder, that make women urinate when they sit. This can lead women being excluded from their communities, and their husbands to leave them.

'Women are the ones practicing FGM'

Women are the ones practicing FGM. It is usually a grandmother, the keeper of the tradition in the family. Gambians living abroad will even bring back their children to be subjected to FGM. And men will tell you that this is a "women's thing."

What we are looking to do is engage men and boys. We are in a society where decision makers are men; they are husbands, traditional leaders, religious leaders who will indicate what to do and what not to do in society.

We want every young man in this country, all the men, whether they are fathers, husbands or traditional leaders in their community, to say no to the practice. We have studies that show that, in countries where men have become involved, the rates have gone down.

UN News: How long, realistically, will it be before we can see the end of FGM in this country?

Ndeye Rose Sarr: FGM has actually been illegal since 2015. However, only two cases have been brought to justice since then, with no convictions.

There has to be enforcement of the law. And the willingness of the government to continue prosecuting and also helping us with increasing awareness of the problem is key. We also need to engage at a community level. Rites of passage for girls are important, but we don't have to go to the extreme of female genital mutilation. We can find innovative ways to create rites of passage, just as it is boys in this part of the world. It doesn't have to be harmful, and it doesn't have to be something that invades the bodily autonomy of the person. Currently, it is even carried out on babies; you can't tell me that a baby girl knows what she's going through, and is able to consent.

UN News: Period poverty is also widespread. What can be done to address it?

Rose Ndeye Sarr: Yes, period poverty is an issue across The Gambia, but it's acute in rural areas, where women are less likely to have access to sanitary pads.

Period poverty leads to girls skipping school for around five days every month because, if they don't have access to adequate menstrual products, they worry about staining their clothes, and being shamed; that's between 40 and 50 days in a school year.

Boys will therefore have an advantage because they will be attending school more often than the girls, who are more likely to drop out of education.

So, we developed a project in Basse, in the Upper River Region, to produce recyclable sanitary pads. This is a way of empowering young women in the community, who now have a secure job, learning new skills, and improving the menstrual hygiene of women and girls.

We go to schools to distribute the pads and, when we're there, we take the opportunity to talk about bodily autonomy, and comprehensive health education, so that the girls know more about their bodies, what is happening to them, what is okay, what is not okay. I think we are making a difference in Basse.

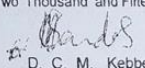
We need to understand that there are girls in this world who don't have access to menstrual health and hygiene and who don't have access to menstrual products when they have their menstruation. And we need to put an end to that.» Quelle: UN News, INTERVIEW: 'Every other young girl you see in The Gambia has undergone female genital mutilation', 11.

März 2023: <https://news.un.org/en/story/2023/03/1134347>.

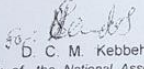
Woman's Amendment Act, 2015:

Women's (Amendment) Act, 2015

PASSED in the National Assembly this 28th day of December, in the year of Our Lord Two Thousand and Fifteen.


D. C. M. Kebbeh
Clerk of the National Assembly.

THIS PRINTED IMPRESSION has been carefully compared by me with the Bill which has passed in the National Assembly, and found by me to be a true and correct copy of the said Bill.


D. C. M. Kebbeh
Clerk of the National Assembly.

Printed by The Gambia Printing & Publishing Corporation Kanifing-00/2015/12/20C.

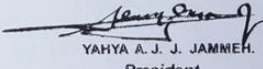
ISSN 0796 - 0298

Supplement "C" to The Gambia Gazette No. of , 2015

Women's (Amendment) Act, 2015




THE GAMBIA
NO. 11 OF 2015
Assented to by The President,
this 27th day of December, 2015


YAHYA A. J. J. JAMMEH.
President

AN ACT to amend the Women's Act 2010 to prohibit female circumcision and for connected matters.

ENACTED by the President and the National Assembly.

1. Short title

This Act may be cited as the Women's (Amendment) Act, 2015.

Women's (Amendment) Act, 2015

2. Amendment of Act No. 12 of 2010

The Women's Act (in this Act referred to as "the Principal Act") is amended as set out in this Act.

3. Insertion of Section 32A

The Principal Act is amended by inserting immediately after section 32, the following new section-

"32A. Prohibition of female circumcision

(1) A person shall not engage in female circumcision

(2) A person who engages in female circumcision commits an offence and liable on conviction -

(a) to imprisonment for a term of three years or a fine of fifty thousand dalasis or to both; and

(b) where female circumcision causes death, to life imprisonment.

(3) Female circumcision includes-

(a) the excision of the prepuce with partial or total excision of the clitoris (clitoridectomy);

(b) the partial or total excision of the labia minora;

(c) the partial or total excision of the external genitalia (of the labia minora and the labia majora), including stitching;

2

Women's (Amendment) Act, 2015

(d) the stitching with thorns, straw, thread or by other means in order to connect the excision of the labia and the cutting of the vagina and the introduction of corrosive substances or herbs into the vagina for the purpose of narrowing it;

(e) symbolic practices that involve the nicking and pricking of the clitoris to release drops of blood; or

(f) engaging in any form of female genital mutilation or cutting."

4. Insertion of Section 32B

The Principal Act amended by inserting immediately after the new section 32A, the following new section-

"32B. Accomplices to female circumcision

(1) A person who requests, incites or promotes female circumcision by providing tools or by any other means commits an offence and is liable on conviction to imprisonment for a term of three years or a fine of fifty thousand Dalasis or to both.

(2) A person who knows that female circumcision is about to take place or has taken place, and fails, without good cause, to warn or inform, as the case may be, the proper authorities promptly, commits an offence and is liable on conviction to a fine of ten thousand Dalasis."

3

Quelle: Awa Gai, FGM and the Law, Law Hub Gambia Blog, 4. Dezember 2020: <https://www.lawhub-gambia.com/lawhug-net/2020/12/3-fgm-and-the-law>.

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.